KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

# Wochenspiegel

## Darüber diskutiert Frankreich

15. – 21. April 2023

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in einer Rede an die Nation am 17. April erneut Bezug auf die derzeitigen sozialen Spannungen in Hinblick auf die Rentenreform genommen. Er habe den Zorn seiner Landsleute über seine Rentenreform vernommen, so Macron. Die Reform sei dennoch nötig gewesen, um die Rente eines jeden Einzelnen in Zukunft garantieren zu können, erklärte er. Seine Tür stehe für Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern offen, so der Präsident. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits zu Protesten zum Zeitraum der Fernsehansprache aufgerufen. Frankreichweit waren Menschen um 20 Uhr auf die Straße gegangen und hatten ihrer Wut auf den Präsidenten Luft gemacht, indem sie mit Kochtöpfen und -deckeln Lärm machten. Macron möchte die Franzosen nun in den nächsten 100 Tagen von seinem politischen Kurs überzeugen. Zu seinen Projekten gehören „grüne" Industrievorhaben, mehr Sicherheitskräfte auf dem Land, mehr Schulsport sowie ein verstärkter Kampf gegen die illegale Einwanderung. Am Nationalfeiertag am 14. Juli will er eine erste Bilanz ziehen.

Macron ist bei seinem ersten Kontakt mit der Bevölkerung seit Inkraftsetzen der Rentenreform ausgebuht worden. „Macron, Rücktritt", riefen Demonstranten bei seinem Besuch des elsässischen Ortes Sélestat am 19. April. Vor einer Fabrik schlugen Demonstranten auf Töpfen und hielten Transparente hoch. Eine Gesellschaft könne nicht nur denjenigen zuhören, die den größten Lärm machten, reagierte Macron.

Die Rechtspopulistin Marine Le Pen bezeichnete sich in einem Interview am 16. April als „natürliche Kandidatin des Rassemblement National" für die Präsidentschaftswahlen 2027. Bereits im November 2022 hatte der derzeitige RN-Parteivorsitzende Jordan Bardella eine Kandidatur von Marine Le Pen befürwortet. „Wenn man die Legitimität und den Bekanntheitsgrad von Marine Le Pen hat, ist eine Kandidatur bei den Wahlen 2027 eine Selbstverständlichkeit", betonte Bardella. Im Interview mit RTL/Le Figaro/LCI positionierte sich Marine Le Pen auch zu den derzeitigen politischen Spannungen rund um die Rentenreform. Le Pen betonte, dass Macron eine „Wahl" treffen müsse, um den derzeitigen Konflikt zu beenden. Er habe die Wahl zwischen einem Referendum, der Auflösung des Parlaments und einem Rücktritt, so Le Pen.

Innenminister Gérald Darmanin kündigt für 2024 das Ende des Punktabzugs für geringe Geschwindigkeitsübertretungen an. In einem Schreiben an die LR-Senatorin Françoise Dumont erklärte Darmanin, dass derzeit Konsultationen stattfinden, um das Strafmaß für kleine Geschwindigkeitsüberschreitungen anzupassen, d. h. für Überschreitungen von „weniger als 5 km/h". Darmanin fügte hinzu: „Es geht nicht darum, diese Verstöße zu entkriminalisieren, da sie weiterhin mit einer Geldstrafe geahndet werden".

Der seit Ende 2012 amtierende Generalsekretär der Gewerkschaft CFDT Laurent Berger hat am 19. April erklärt, am 21. Juni seinen Posten räumen zu wollen. In einem Interview mit der Zeitung Le Monde betonte er, dass dies „weder eine spontane noch eine von aktuellen Ereignissen diktierte Entscheidung" sei. Berger verwies darauf, schon bei seiner Wiederwahl im vergangenen Juni einen Abgang vor Ablauf seiner Amtszeit angekündigt zu haben. Ersetzt werden soll er nach derzeitigem Stand durch seine Nummer zwei, Marylise Léon. Diese ist seit langem bei der CFDT engagiert: Sie war früher Bundesdelegierte des Chemie- und Energieverbands der Gewerkschaft und war konföderale Nationalsekretärin, bevor sie im Juni 2018 die rechte Hand von Laurent Berger wurde.

Der Besuch des algerischen Präsidenten Abdelmadjid Tebboune, der nach inoffiziellen Angaben für den 2. und 3. Mai in Frankreich geplant war, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Verschiebung wurde gegenüber der Tageszeitung Le Figaro von französischen und algerischen Quellen bestätigt, die jedoch keine Gründe dafür angaben. Ende Dezember hatte der algerische Präsident in einem Interview mit Le Figaro die neue „vertrauensvolle Beziehung" zwischen Frankreich und Algerien begrüßt und einen Staatsbesuch in Frankreich für 2023 angekündigt. Emmanuel Macron hatte seinerseits in einem von der Wochenzeitung Le Point veröffentlichten Interview mit dem algerischen Schriftsteller Kamel Daoud gesagt, er hoffe Tebboune 2023 in Frankreich begrüßen zu können, um „die Erinnerungsarbeit zwischen den beiden Ländern fortzusetzen". Im Februar war es zwischen den beiden Ländern zu einem diplomatischen Zerwürfnis gekommen, nachdem Paris die französisch-algerische Oppositionspolitikerin Amira Bouraoui, die in ihrem Land zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, von Tunis nach Frankreich exfiltriert hatte.

**Die französische Regierung erklärte am 19. April, dass sie die Entschuldung Frankreichs und die Senkung des Staatsdefizits bis 2027 beschleunigen will.** Erreicht werden soll dieses Ziel durch geringere öffentliche Ausgaben und ein dynamischeres Wirtschaftswachstum. „Es geht um die Glaubwürdigkeit Frankreichs gegenüber seinen europäischen Partnern", warnte Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire auf einer Pressekonferenz. Das öffentliche Defizit soll deutlich unter die in den EU-Haushaltsregeln festgelegte Grenze von 3% des Bruttoinlandsprodukts sinken: 2,7% im Jahr 2027 gegenüber den bisherigen 2,9%. Nach 4,7% im Jahr 2022 dürfte die Defizitquote in diesem Jahr wieder leicht ansteigen (4,9%), bevor sie ab 2024 allmählich sinken soll.

**Die Renault-Gruppe gab am 19. April einen Umsatzanstieg von fast 30% im ersten Quartal auf 11,5 Milliarden Euro bekannt.** Der Hersteller profitierte nach eigenen Angaben von guten Verkäufen von Hybrid- und Elektrofahrzeugen sowie im C-Segment mit seinen SUVs. Der Auftragsbestand ist nach wie vor gut gefüllt und lag Ende März bei etwa 3,3 Monaten Umsatz, so Renault. Der Konzern geht davon aus, dass er im Gesamtjahr 2023 bei über 2 Monaten liegen wird. Der Umsatz beinhaltet nicht mehr die Aktivitäten des Konzerns in Russland, von denen sich Renault im Mai letzten Jahres nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine getrennt hatte, was einem Umsatzrückgang von mehr als 800 Millionen Euro entspricht.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

**Laurent Wauquiez äußerte sich zum ersten Mal zum derzeitigen Konflikt in Hinblick auf die Rentenreform.** Der Regionalratspräsident, der von der Partei Les Républicains derzeit als bevorzugter Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2027 gehandelt wird, sagte in einem Interview am 19. April, dass er in den letzten Monaten, in denen über die Rentenreform diskutiert wurde, zu wenig präsent war. Er bedauerte insbesondere, dass er „nicht genug Druck auf bestimmte Abgeordnete" ausgeübt habe. Er habe die Blockadehaltung einiger LR-Abgeordneter unterschätzt, so Wauquiez. Die Nicht-Positionierung Wauquiez hatte im eigenen Lager zu Kritik geführt. Bereits am 26. Januar forderte Rachida Dati ihn auf, zum Thema Renten „das Wort zu ergreifen", das sie damals als „strukturierendes Thema" für die Partei bezeichnete.

## DIE ZAHL DER WOCHE

**Frankreich und Luxemburg werden bis 2025 die Kapazität des Schienenverkehrs für die rund 120.000 französischen Grenzgänger, die täglich im Großherzogtum arbeiten, fast verdoppeln, kündigte Laurence Boone, Staatssekretärin für Europa am 17. April an.** Die französischen Grenzgänger lasten den Straßen- und Schienenverkehr in Richtung des Großherzogtums stark aus. Die hohen Löhne in Luxemburg ziehen insbesondere Arbeitsnehmer aus Lothringen an. Im Bereich der Mobilität sollen nun zentrale Projekte angeschoben werden, die von beiden Ländern kofinanziert werden, erklärte Laurence Boone vor der Presse nach einer Sitzung der französisch-luxemburgischen Regierungskommission in der Nähe von Thionville im Departement Moselle. Auf den Zugstrecken soll die Anzahl der Sitzplätze erhöht werden: Von derzeit 8000 pro Tag soll die Zahl bis 2025 auf 14 000 und bis 2030 auf 22 000 steigen, kündigte Laurence Boone an.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich